links.) Auch in Mecklenburg und Braunschweig unterliege die Ausübung katholischer Amtshandlungen vielfachen Beschränkungen. In Braunschweig sei ein katholischer Geistlicher aus dem preußischen Nachbargebiete bestraft worden, weil er ein krankes Kind in Braunschweig mit den Sakramenten versehen habe, ohne zuvor bei der braunschweigischen Behörde die Genehmigung zu dieser Amtshandlung nachgesucht zu haben. Wo und wie könne eine solche Amtshandlung Schaden anrichten, auch wenn sie von einem Geistlichen aus einem Nachbarstaate ausgeübt werde?! Dabei bestehe in Braunschweig Mangel an katholischen Kirchen und Priestern. Ueberall sonst in Deutschland, in Togo, in Ostafrika und Kamerun dürfen die Katholiken sich konfessionell betätigen, Kirchen bauen usw. In Braunschweig dagegen müssen sie dazu die landesherrliche Genehmigung einholen. (Hört, hört! im Zentrum.) Mit Argentinien, mit Hawaii und was sonst für Ländern werden Verträge geschlossen, die unseren Reichsangehörigen die konfessionelle Betätigung sichern. Aber wenn die Braunschweiger und Mecklenburger Katholiken dies unbeanstandet, ungehindert tun wollen, müssen sie schon ihre Heimat verlassen und nach Argentinien, Togo usw. gehen.

Braunschweigischer Geh. Legationsrat Boden: Der Vorredner habe selbst anerkennen müssen, daß die Lage in Braunschweig für die Katholiken in den letzten Jahren andauernd besser geworden sei. Zuzugeben sei, daß in früheren Zeiten in Braunschweig eine gewisse Ungewißheit in der Handhabung der dortigen Gesetze auf kirchlichem Gebiete gegenüber den Katholiken bestand. Aber schon seit Jahren sei dieser Angelegenheit eine weitaus entgegenkommendere Haltung seitens der braunschweigischen Behörden zu teil geworden. Den vom Vorredner beklagten Erschwernissen eines katholischen Kirchenbaues habe der Umstand zugrunde gelegen, daß die Regierung erst die Bedürfnisfrage habe prüfen müssen. (Große Unruhe im Zentrum.) Gesuchen um Zulassung auswärtiger Geistlicher zu Amtshandlungen in Braunschweig werde in Braunschweig jetzt fast ausnahmslos ohne jede Beschränkung entsprochen. Das bestehende Gesetz werde in Braunschweig jetzt durchaus loyal und entgegenkommend gehandhabt. (Der braunschweigische Bevollmächtigte verläßt darauf den Bundesratstisch, der nunmehr völlig leer ist.) — Abg. Winckler (kons.): Meine Freunde sind nicht imstande, dem Antrage zuzustimmen. Angenehm berührt hat mich, daß der Antragsteller selbst zugegeben hat, die Verhältnisse hätten sich gebessert. Wir können dem Antrage nicht zustimmen aus Kompetenzbedenken. Der Reichskanzler muß in solchen Fragen, die zur Zuständigkeit der Einzelstaaten gehören, aus dem Spiele bleiben. Er muß sich jeder Einwirkung auf die Einzelstaaten enthalten. Und der Reichstag ebenso. Wir sind deshalb nicht in der Lage, uns an dem Ersuchen an den Reichskanzler, wie es der Antrag enthält, zu beteiligen. Wir wollen nicht, daß in den Einzelstaaten die Volksseele kocht gegenüber Berliner Einflüssen. Wir wollen das nicht im Interesse des Vertrauensverhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten. Ein solcher Versuch, wie der vorliegende, könnte zu unabsehbaren Konsequenzen führen. Wir wollen auch den Schein eines Aufsichtsrechtes des Reiches auf diesem den Einzelstaaten vorbehaltenen Gebiete vermieden sehen. — Abg. Everling (natl.): Die interessante Frage, warum ausgerechnet das Zentrum zu einem solchen Antrage kommt, beabsichtige ich nicht wieder aufzuwerfen. Bei der Gewandtheit des Zentrums, für jeweilige Politik jeweilige Gründe zu finden, würde ich das Zentrum doch nicht überzeugen. Das Verbitternde, das in einem solchen Vorstoß des Zentrums erblickt werden könnte, will ich nicht meinerseits vermehren. Redner vermißt die nötige Klarheit in dem Antrage, der um so sorgfältiger geprüft werden müsse. Das Zentrum setze hier verschiedene Bundesstaaten unter Anklage und verlange nun, daß sich der Reichstag dieser Anklage anschließe. Das tun wir nicht. (Lachen im Zentrum.) Wie in Braunschweig, wird auch in Mecklenburg, wo die Katholiken noch nicht 2 Prozent der Bevölkerung ausmachen, ihnen so viel Wohlwollen und Entgegenkommen gezeigt. Wie auch das Wohl der Katholiken den Landesherren und den Regierungen am Herzen liege, erhelle aus der interessierten Beteiligung von Landesherren und Behörden an den Einweihungen katholischer Kirchen. Wollen aber die Katholiken noch mehr Duldung, so sollten sie uns doch auch selber ein Beispiel davon geben. So in Elsaß-Lothringen, wo wir so oft durch die unglaublichsten Fälle von Unduldsamkeit betrübt werden. Wo Ihre Glaubensgenossen herrschen, Fürst Löwenstein, da denken Sie nicht an Parität, nur wenn Sie in der Minderheit sind, liegt Ihnen die Parität am Herzen, und da übertreiben Sie die harmlosesten Vorgänge. Also, meine Herren, wir wollen die Bundesstaaten nicht auf die Anklagebank setzen. Der Reichskanzler, dem Sie jetzt ein solches Aufsichtsrecht über die Bundesstaaten zuschanzen wollen, würde dabei große Schwierigkeiten haben. Nehmen Sie einmal an, er verlangte mehr Toleranz für die Protestanten in Bayern! Sie würde da hier Dr. Schädler schreien über einen solchen Schritt des Reichskanzlers! Auf jeden Fall bedeutet Ihr Antrag ein Eingriff in das Hoheitsrecht der Bundesstaaten. Wegen der Unklarheit des Antrags und der unübersehbaren Konsequenzen können wir dem Reichskanzler einen solchen Auftrag nicht erteilen. (Beifall bei den Nationalliberalen.) — Abg. Müller-Meiningen (freis. Volksp.): Wir halten jede Beschränkung der Abhaltung von Gottesdiensten und der Spendung von Sakramenten von Staats wegen für verwerflich. Wir wünschen, daß nicht nur gegenüber anerkannten Kirchen, sondern auch gegenüber freier Denkenden, so den Dissidenten, alle Beschränkungen von Staats wegen wegfallen. Alle religiösen Ueberzeugungen sollen vom Staate stets gleichwertig geachtet und darnach behandelt werden, aber die Trennung von Kirche und Staat ist eine sehr schwierige Sache. Der vorliegende Zentrumsantrag fordert eine Blankovollmacht für ein Religionsgesetz unbestimmten Inhalts. Was das Zentrum unter Beschränkung der religiösen Freiheit versteht, das haben uns die Verhandlungen über die früheren Zentrumsentwürfe genügend gezeigt. Der Antrag ist daher mit der größten Vorsicht aufzunehmen. Die elsässischen Friedhofsfälle, die Mischehenkonflikte, der neueste elsässische Kompetenzkonflikt, das Vorgehen des Bischofs von Samoa gegen die dortige Regierungsschule, die Behandlung dieser Angelegenheiten hier durch das Zentrum, alles das zeigt die wachsenden Machtbestrebungen der katholischen Kirche, namentlich auch auf dem Gebiete der Schule. Wir weisen alle Ansprüche der Kirche auf die Schule zurück. Wir sind dabei, wenn es gilt, die individuelle Gewissensfreiheit reichsgesetzlich festzulegen, aber wir lehnen ein Eingreifen des Reiches in die Rechte der Einzelstaaten im Interesse des Friedens ab. (Beifall links.) — Abg. David (Soz.): Wir wollen freie Bahn für alle Religionsbekenntnisse. Das Zentrum hat viel auf dem Kerbholz. Es will durch den Antrag bei frommen Wählern seine Finanzreformsünden vergessen machen. Die Liberalen verstehe ich nicht. Beseitigen Sie doch jede Spur einer Bedrückung, damit nehmen Sie den Schwarzen den Wind aus den Segeln. An die Zentrumstoleranz glaubt natürlich kein Mensch. In besonderen Fällen kann sie natürlich auch tolerant sein, so ihr Bischof gegenüber dem König Leopold. (Heiterkeit.) Für Ihren Antrag werden wir natürlich stimmen. Wenn Sie aber meinen, wir wollten Ihnen damit ein Anrecht auf die Schule geben, so irren Sie sich. Redner empfiehlt dann einen Zusatzantrag seiner Partei betr.: A. Unabhängigkeit aller staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten von der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft; B. Kein Kind soll gegen den Willen der Erziehungsberechtigten zur Teilnahme am Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden; C. Erleichterung des Austritts aus einer Religionsgemeinschaft. — Abg. Frhr. v. Gamp erklärt namens der Reichspartei, daß diese aus verfassungsmäßigen Gründen gegen beide Anträge stimmen werde. — Vizepräsident Dr. Spahn teilt mit, daß auf Antrag Bassermann über den Zentrumsantrag namentlich abgestimmt werden solle, und zwar morgen zu Beginn der Sitzung. — Abg. Brandys (Pole) spricht für den Zentrumsantrag. — Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Vgg.) lehnt den Antrag ab. Nachdem noch Abg. Frhr. v. Hertling (Zentr.) für den Antrag eingetreten ist, beantragen die Sozialdemokraten namentliche Abstimmung über ihren Antrag. Auch diese wird morgen stattfinden. — Es folgt Beratung des Gesetzentwurfs über Abänderung des § 114 a der Gewerbeordnung betr. Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln für bestimmte Gewerbe. — Abgg. Pauly-Potsdam (kons.), Manz (freis. Vp.) und Vogel (natl.) billigen die Vorlage im wesentlichen. — Staatssekretär Delbrück: Gewiß sind nicht alle in Betracht kommenden Fragen gelöst, aber eine etwaige Belastung der Vorlage mit der Technikerfrage über ihr Inkrafttreten könne nur verzögern. Bezüglich der Konkurrenzklausel werde eine Einigung jetzt noch nicht möglich sein. Hoffentlich werde im nächsten Jahre eine darauf bezügliche Vorlage gemacht werden können. — Abg. Molkenbuhr (Soz.) bezeichnet die Vorlage als unzulänglich. Der eigentliche Grund der Abneigung der Arbeitgeber in der Textilindustrie gegen die Lohnbücher sei, daß sie bei Probearbeiten nicht vorher sagen wollen, wieviel sie für die Arbeit zahlen werden. Der Gesetzentwurf geht dann an die Heimarbeitskommission. — Schluß 7½ Uhr. — Morgen 1 Uhr die heute zurückgesetzten Abstimmungen zum Toleranzantrag, sozialdemokratische Interpellation betr. die Aeußerung des Reichskanzlers über das Reichstagswahlrecht, dann Etat.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die nationalliberale Fraktion des Reichstages beantragte zum Etat des Reichsamts des Innern die Vorlegung eines Entwurfs betr. Unfallfürsorge für Personen bei freiwilligen Rettungsarbeiten.

Aus den Reichstagskommissionen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission des Reichstages führte heute die Aussprache über die Organisation des Werftbetriebes zu Ende und strich eine Anzahl der neuangeforderten Beamtenstellen. Von sozialdemokratischer Seite wurden auch in bezug auf die Werften in Wilhelmshaven und Danzig Angaben gemacht, wonach ähnliche Sachen wie in Kiel auch dort passiert sein sollen. Auf Grund des vom sozialdemokratischen Redner unterbreiteten Materials stellte die Marineverwaltung Ermittlungen in Aussicht. Die Forderung der Sozialdemokraten auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission mit eidlichen Vernehmungen wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und der Polen abgelehnt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Justizkommission des Reichstages beendete nach zweitägiger Debatte heute die Beratung über § 186 des Entwurfs zur Abänderung des Strafgesetzbuches und damit die erste Lesung. Der erste Absatz der Regierungsvorlage, der die zulässige Höchstgrenze der Geldstrafe für üble Nachrede auf 10 000 Mark erhöht, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Der zweite Absatz, der im Rahmen dieses Paragraphen den Schutz des Privatlebens verstärken will, wurde abgelehnt und dafür unter Ablehnung aller anderen Anträge folgender Antrag Dr. Wagner-Sachsen mit großer Mehrheit angenommen: Es wird als § 186a in das Strafgesetzbuch eingefügt: „Bei einer öffentlichen oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangenen Beleidigung tritt ohne Rücksicht auf die Erweislichkeit der Tatsache die Bestimmung nach § 186 ein, wenn diese Tatsache lediglich Verhältnisse des Privatlebens betrifft, die das öffentliche Interesse nicht berühren (Geheimnisbruch). Eine Beweisaufnahme über die behauptete oder verbreitete Tatsache ist unzulässig." Dafür stimmten die Parteien der Rechten, das Zentrum und die Nationalliberalen. Der Antragsteller und die zustimmenden Parteien erklärten übereinstimmend, damit zunächst grundsätzlich dem Gedanken stärkeren Schutzes des Privatlebens zustimmen zu wollen. Sie behielten sich vor, eventuell in der zweiten Lesung noch Modifikationen vorzuschlagen. Die große Mehrheit, mit der der Antrag angenommen wurde, war nach dem anfänglichen Stand der Sache eine Ueberraschung.

Preußischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses beriet heute zunächst über die Neueinteilung in Stimmbezirken. Die Nationalliberalen beantragten, die Drittelung der Wähler nicht in den einzelnen Stimmbezirken, sondern in Wahlbezirken vorzunehmen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages wollen sie in Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern die Einteilung der Wähler einheitlich für die ganze Gemeinde vorschreiben. Nach längerer Debatte zogen die Nationalliberalen den ersten Teil ihres Antrages zurück. Der zweite Teil wurde gegen Nationalliberale und Freikonservative abgelehnt. Der Paragraph über die Maximierung bestimmt, daß, wenn der Gesamtsteuerbetrag eines Wählers die Summe von 5000 Mk. übersteigt, der Ueberschuß nicht angerechnet wird. Die Freikonservativen beantragen folgende Fassung: Uebersteigt die Einkommensteuer eines Wählers 2000 Mk., so wird der Ueberschuß nebst den darauf entfallenden Kommunalzuschlägen nicht angerechnet. Die Kommission beschließt gleichzeitig, § 7 zu beraten, der von der Einteilung der Wähler in die einzelnen Abteilungen handelt. Hierzu beantragten die Nationalliberalen, daß die 1. Abteilung mindestens ein Zehntel, die 2. mindestens zwei Zehntel der Wähler enthalten muß. Wo diese Zahlen nach Maßgabe der Steuerbeträge nicht erreicht sind, werden zur Ergänzung Wähler aus der nächstfolgenden Abteilung nach der Reihenfolge der zur Anrechnung gelangten Steuerleistung berufen. Die Freisinnigen beantragten dazu folgende Abänderung: Daß in der 1. Abteilung mindestens zwei Zehntel, der 2. mindestens drei Zehntel der Wähler zugelassen werden sollen. Bei der Abstimmung wurde der freisinnige Antrag gegen Freisinnige, Sozialdemokraten und Polen, der nationalliberale gegen Nationalliberale, Freisinnige, Sozialdemokraten und Polen, der freikonservative gegen die vier Stimmen dieser Partei abgelehnt. Eine kurze Debatte entspann sich darauf noch über die Bestimmung, wonach dort, wo direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, an deren Stelle die vom Staat veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer treten soll. Die Bestimmung der Vorlage wurde schließlich gegen die fünf Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen angenommen. Die Bestimmungen der Vorlage, wonach der anrechnungsfähige Gesamtsteuerbetrag für jeden Wähler auf 5000 Mk. nach oben begrenzt wird, wurde mit allen gegen die vier nationalliberalen Stimmen angenommen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses lehnte in ihrer Nachmittagssitzung die §§ 8, 9, 10, die gewissen Wählerkategorien nach Maßgabe ihrer Vorbildung oder Stellung im öffentlichen Leben ein höheres Wahlrecht zuweisen wollen, mit allen dazu gestellten Abänderungsanträgen ab. Für eine Heraufhebung der akademisch gebildeten Kreise traten die 8 Stimmen der Nationalliberalen und der Freikonservativen ein. Die Ablehnung der Vorschläge der Regierung erfolgte einstimmig. — Nächste Sitzung Dienstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärte heute der Eisenbahnminister, daß ein Entwurf über ein Starkstromwegegesetz in Vorbereitung sei.

Aus dem Bundesrat.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Bundesrat stimmte heute der Vorlage betr. die Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrags und dem internationalen Abkommen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen zu.

Deutscher Landwirtschaftsrat.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der heutigen Sitzung hielt Regierungsrat a. D. Oberförster von Eschstruth-Knesebeck einen sehr instruktiven Vortrag über Aussichten und Aufgaben des Ackerbaues im Norden von Südwestafrika. Danach findet der Ackerbau dort auf weiten Strecken natürliche Bedingungen, die ihn als mehr oder minder gleichberechtigten Faktor neben der Landwirtschaft erscheinen lassen. Der mittlere Norden des Amurlandes kommt für Plantagen und Eingeborenenkulturen, der Nordosten des Okavango- und Otavigebietes als Siedlungsland in Betracht. Während des Vortrages erschienen im Auftrage des Reichskanzlers Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück, der Staatssekretär des Reichskolonialamts Dernburg, der preußische Landwirtschaftsminister v. Arnim-Grieben, Geh. Regierungsrat von Lindequist vom Reichskolonialamt und mehrere andere Regierungskommissare. Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dernburg dankte dem Deutschen Landwirtschaftsrat, daß er auch diesmal ein koloniales Thema auf die Tagesordnung gesetzt habe. Der Norden von Südwestafrika habe bedeutend mehr Schätze aufzuweisen, als man jemals geglaubt habe. Deshalb haben sich zahlreiche Farmer angesiedelt. Es sei notwendig geworden, eine Polizeitruppe zu organisieren, da die Bodenschätze in Südwestafrika sich viel schneller erschöpfen könnten, als in deutschen Landen. Jedenfalls wird nach dem Ausbau der Otavibahn dem Norden von Südwestafrika eine große Zukunft erblühen. Es komme jetzt darauf an, für Pferde und Zugtiere die nötigen Futtermittel zu beschaffen. Mit dem Anbau von Mais seien bereits sehr günstige Versuche gemacht worden. Es dürfte auch gelingen, weitere Diamanten zu finden. Jedenfalls habe sich ergeben, daß die Flächen und Böden im Norden von Südwestafrika bedeutend ergiebiger und infolgedessen das Land sich viel entwicklungsfähiger gezeigt habe, als man jemals angenommen hat. (Lebhafter Beifall.) Freiherr von Wangenheim bezeichnet es als sehr wünschenswert, in den deutschen Kolonien Baumwolle zu gewinnen, damit die deutsche Industrie nicht weiter von den Vereinigten Staaten abhängig zu sein brauche. Geh. Regierungsrat von Lindequist: Es seien mit der Baumwollpflanzung bereits Versuche gemacht worden. Die Ergebnisse lassen jedoch noch viel zu wünschen übrig. In Urfala dagegen seien die Aussichten vorzügliche. Es habe sich dort bereits eine Gesellschaft zur Baumwollgewinnung gebildet. In absehbarer Zeit dürfte es gelingen, in Urfala Baumwolle in großen Mengen zu ernten. Günstig stehe auch die Gewinnung von Mais, Luzerne; auch die Straußzucht gedeihe vorzüglich. Jedenfalls beginnen unsere Kolonien von Südwestafrika für unseren heimischen Markt von hoher Bedeutung zu werden. Nach einem kurzen Schlußwort des Berichterstatters gelangten dessen Leitsätze zur Annahme.

Der Gesundheitszustand der Zarin.

Berlin. (Priv.-Tel.) Von bestinformierter Seite wird dem „Lok.-Anz." aus Petersburg geschrieben: Das Befinden der jungen Kaiserin beginnt zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß zu geben. Sie leidet seit einiger Zeit unter Herzaffektionen und Krämpfen, die tagelang andauern und leicht zu einer Krisis führen können. Die Prognose der Aerzte ist daher auch keineswegs günstig. Zuweilen läßt das Leiden völlig nach, die Kaiserin ist dann in guter Stimmung und empfängt sogar hochgestellte Persönlichkeiten, wie in den letzten Tagen den Emir von Buchara. Während der Anfälle übernimmt die Patientin fast völlige Apathie, und sie will dann niemand, auch nicht ihre nächste Umgebung sehen. Anscheinend kennt sie den Ernst ihres Zustandes und versinkt dann mehr und mehr in Melancholie. Von einer geistigen Zerrüttung, wie sie anderweit gemeldet wird, kann aber nicht im entferntesten die Rede sein. Wenn die Gemütsverfassung der Kaiserin auch begreiflicherweise von ihrem Leiden beeinflußt wird, so beruht letzteres doch in erster Linie nur auf organischer Grundlage.

Aus Frankreich.

Paris. Der Ministerrat hat heute dem Gesetzentwurf betr. die Bewilligung von Krediten zugunsten der durch die Ueberschwemmung geschädigten Kaufleute, Industriellen und Grundbesitzer zugestimmt.

Paris. Mehrere Blätter erörtern den Ueberfall im Wadailande und sprechen die Befürchtung aus, daß er ernste Folgen haben werde. Der „Gaulois" schreibt: Die Eingeborenen werden wahrscheinlich den errungenen Erfolg, den sie der Unvorsichtigkeit der französischen Behörden zu verdanken haben, ausbeuten. Die Herrschaft Frankreichs wird von neuem in Frage gestellt werden. Die „République" meint: Schon im vorigen Jahre hat eine Truppenabteilung von 150 Mann mit einem kühnen Handstreich den Hauptort Abecher erobert. Seither haben die Eingeborenen Zeit gehabt, ihre Streitkräfte zu sammeln. Es liegt auf der Hand, daß zur Sicherung der Besitzung eine größere Truppe notwendig ist. Was im Wadailande geschah, kann sich überall ereignen. Der „Eclair" verlangt, das Parlament möge sich beeilen, um die erforderlichen Kredite zur Errichtung eines Kommandos von 20 000 Senegalschützen zu bewilligen; sonst könnte Frankreich innerhalb von 20 Jahren seiner gesamten afrikanischen Besitzungen verlustig gehen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach hier eingetroffenen Mitteilungen wird die für November d. J. in Aussicht genommene Landesausstellung Togo in Lome nicht stattfinden, da das Reichsschatzamt der hierfür beantragten Bereitstellung von Geldmitteln seine Zustimmung versagt hat.

Berlin. Ueber den Schiffszusammenstoß in der Kieler Bucht wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: Gestern vormittag 10 Uhr fand bei einer Gefechtsübung in der Kieler Bucht infolge einer Ruderstörung auf dem kleinen Kreuzer „Königsberg" ein Zusammenstoß dieses Schiffes mit dem kleinen Kreuzer „Dresden" statt. „Königsberg" hat eine Beschädigung am Bug erlitten, deren Reparatur etwa sechs Tage dauern wird. „Dresden" hat nur die Außenhaut beschädigt. Das Schiff wird in etwa acht Tagen wieder fahrtbereit sein.

Wien. (Priv.-Tel.) Der Kaiser hat das Schloß in den drei letzten Tagen nicht verlassen; dagegen haben in dieser Zeit die gewohnten Empfänge und Vorträge stattgefunden. Für die nächsten Tage sollen alle Audienzen und Besuche bis auf weiteres abgesagt worden sein.

Paris. Die Seine ist in den letzten 24 Stunden um weitere 10 Zentimeter gestiegen.

Paris. Infolge des Unwetters fuhr das Torpedoboot 132 auf die Porquerelles-Insel bei Toulon auf und erlitt mehrere Havarien. Schleppdampfer sind zur Hilfeleistung abgegangen.

London. Wie dem Reuterschen Bureau aus Gondokoro am Weißen Nil gemeldet wird, ist der frühere Präsident der Vereinigten Staaten Theodore Roosevelt heute früh dort eingetroffen.

Athen. Die Deputiertenkammer hat den ehemaligen Minister und Kammerpräsidenten General Tsamados mit 109 von 112 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt. Tsamados betonte in seinen Dankesworten die Bedeutung der außerordentlichen Session, die berufen sei, das Reformwerk fortzusetzen, wozu die Mitarbeit aller erforderlich sei.

Charbin. Da seit Neujahr die Getreidezufuhr zur Eisenbahn verboten ist, droht der russischen Bevölkerung Hungersnot. Die Armeelieferanten sind außerstande, abgeschlossene Lieferungsverträge zu erfüllen. Die Getreidezufuhren zur Amurgegend haben aufgehört.

(Nachts etwa eingehende Depeschen siehe Seite 4.)

Frankfurt a. M., Schluß abends. Kredit 212,25 Diskonto 97,60. Dresdner Bank 167,50 Staatsbahn 162,5 Lombarden 22,50. Laurahütte 187,90. Ungar. Gold —,—. Portugiesen —,—. Türkenlose —,—. fest.

Paris (nachm. 3 Uhr) Rente 98,92½. Italiener —,— Neue Portugiesen 66,18 Spanier 96,85. Türken (unific. Rente) 96,30 Türkenlose 218,25. Eisenbahn —,— Lombarden —,—. Ottomanbank 721,—. Behauptet.